

Themenübersicht:

1. Editorial
2. Wohnraumförderung kommt fortan aus Thüringen
3. Billiges Fleisch, teuer erkauf - Grüne thematisieren Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung
4. Enttäuschend und Verlogen
5. Grüne fordern Personalentwicklungskonzept für LehrerInnen
6. Abgeordnetenrechte und Pressefreiheit bei polizeilichen Ermittlungen gefährdet
7. Bündnisgrüne Klimakonferenz 2012 zur Biomassenutzung

1. Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

„Wenn Thüringen auch 2020 eigenständig, innovativ und lebenswert sein soll, dann dürfen wir Veränderungen nicht scheuen. (...) Je früher wir die Strukturen umbauen, die Ausgaben senken und die Neuverschuldung des Landes zurückführen, desto größer sind später unsere Spielräume.“ Gemessen an die diesen Aussagen der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht vom 10. Juni 2010 in einem Gastbeitrag, kann man den Thüringer Doppelhaushalt nur als gescheitert bezeichnen. Gebiets-, Verwaltungs- und Strukturreform, Schuldenbremse, Personalentwicklungskonzept und geordneter Personalabbau, Ausgaben senken und Schulden mehr als gesetzlich vorgeschrieben zurückführen – nicht eine dieser notwendigen Reformen und Maßnahmen wurde umgesetzt. 2009-2014 können wir nur als verlorene Jahre bezeichnen. Die Wahl 2014 wird dadurch umso wichtiger.

Liebe Grüße

Eure Fraktionsvorsitzende

Anja Siegesmund

2. Wohnraumförderung kommt fortan aus Thüringen

Im Rahmen der Föderalismusreform wurde die Wohnraumförderung auf die Länder übertragen. Der Bund zahlt nur noch bis Ende 2014 Ausgleichszahlungen an die Länder. Wie es danach weiter geht ist noch offen. Obwohl die Koalition aus CDU und SPD zwei Jahre hinter ihrem Zeitplan herhinkt, wird Thüringen voraussichtlich das erste Bundesland sein, das deshalb ein eigenes Wohnraumförderungsgesetz verabschieden wird. Im Plenum wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung in Erster Lesung beraten und in den Bauausschuss verwiesen. Dieser wird auch eine öffentliche Anhörung dazu durchführen.

In Zukunft sollen laut Entwurf Verbesserungen im Umfeld der Wohnungen gefördert werden können und der energetische Sanierung wird eine höherer Stellenwert eingeräumt. Darüber hinaus soll es eine Harmonisierung der Einkommensermittlung in den Bereichen der sozialen Wohnungsbauförderung und des Wohngeldes geben.

Achillesferse ist die Finanzierung. Da der Bund nicht mehr zahlen wird, sind die Länder auf eigene Mittel angewiesen. Deshalb hat Thüringen einen Wohnungsbaufonds eingerichtet, der die restlichen Ausgleichszahlungen des Bundes und die rückfließenden Mittel aus bereits laufenden Krediten aufnimmt und daraus zinsverbilligte Darlehen ausgibt. Ein Vorgehen, das wir begrüßen.

Wie Wohnen in Zukunft für alle erschwinglich bleibt, werden wir auf unserer Wohnraumkonferenz am 6. November in Jena diskutieren. Weitere Informationen dazu findet ihr hier:

<http://gruene-fraktion.thueringen.de/termine/wohnraumkonferenz.html>

P.S.:

Einen Einblick in das Demokratieverständnis der Landesregierung gibt die PM von Minister Carius zum Wohnraumfördergesetz. In dieser spricht er davon, dass Thüringen nach dem Kabinettsbeschluss ein neues Gesetz habe. Der Beratungsprozess im Parlament und vor allem auch die öffentliche Anhörung dazu sind ihm offensichtlich egal: <http://www.thueringen.de/th9/tmblv/presse/pm/67458/index.aspx>

Weitere Informationen: <http://gruenlink.de/cza>

3. Billiges Fleisch, teuer erkaufte - Grüne thematisieren Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung

Der Antrag „Antibiotikaeinsatz in der landwirtschaftlichen Tierhaltung nachhaltig reduzieren“ der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Thüringen vom Februar dieses Jahres hat es endlich zur abschließenden Beratung in den Thüringer Landtag geschafft. Mehrere Monate lang hatten CDU und SPD die Befassung im Gesundheitsausschuss verschleppt – nun steht auch fest, warum. „Der von CDU und SPD vorgelegte Alternativantrag zeigt das ganze Dilemma: Mit Vorschlägen zu Studien, Monitoring und Aufklärung werden Nebenschauplätze bedient. Um das eigentliche Problem mogeln sich die beiden Parteien herum“, so kommentiert Dr. Frank Augsten, agrar- und umweltpolitischer Sprecher, die Abstimmung im Thüringer Landtag.

Kein Landwirtschaftsbetrieb setzt Antibiotika aus Jux und Tollerei ein, schließlich kosten Medikamente Geld. Der breite Antibiotika-Einsatz ist vielmehr die Voraussetzung dafür, dass

landwirtschaftliche Nutztiere durch die Welt gekarrt und unter unsäglichen Bedingungen gehalten werden können sowie einem Leistungsdruck unterliegen, den sie nur unter Medikamenteneinfluss überleben. Für uns besteht der einzige Weg zur deutlichen Reduzierung der Antibiotikamengen in einer Neuorientierung in der landwirtschaftlichen Tierhaltung - hin zu tiergemäßen Haltungsbedingungen, robusten Rassen und Leistungserwartungen, die einen Medikamenteneinsatz überflüssig machen. Die Richtlinien der ökologischen Tierhaltung sind dafür der Maßstab.

Es ist aus unserer Sicht bedauerlich, dass die beiden Thüringer Regierungsfractionen offensichtlich am Status quo in der Tierhaltung festhalten wollen. Während das bei der CDU angesichts der Untätigkeit der Bundesagrarministerin Ilse Aigner in dieser Angelegenheit nachvollziehbar ist, wundern wir uns bei der SPD in Kenntnis der Initiativen im Bundestag doch sehr. Gerade von Thüringens Gesundheitsministerin Heike Taubert hätten wir uns ein deutlicheres Engagement gewünscht, denn sie weiß um die Gefahren für die Humanmedizin, wenn der Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft nicht deutlich reduziert wird.

Weitere Informationen: <http://gruenlink.de/czb>

4. Enttäuschend und Verlogen

Die Debatte zum unserem Thüringer Mindestlohngesetz offenbarte parteipolitische Hilflosigkeit bei CDU und SPD. Es viel beiden Fraktionen sichtlich schwer zu erklären, warum ihre eigene Landesregierung eine Mindestlohninitiative im Bundesrat einbrachte, sie für alle direkt und indirekt öffentlich Beschäftigten in Thüringen einen sofortigen Mindestlohn aber ablehnen.

Besonders leidenschaftlich argumentierte der CDU-Generalsekretär Mario Voigt gegen unser Gesetz und merkte dabei gar nicht, dass er mit seinen (wissenschaftlich nicht haltbaren) Argumenten auch die Initiative seiner Ministerpräsidentin angriff. Beim Mindestlohn verspricht die Thüringer CDU derzeit beides: „Er wird nie kommen“ und „es ist ethisch-moralisch zwingend, dass er kommt“.

Die Thüringer SPD-Fraktion hält unterdessen Lieberknechts und Machnigs Mindestlohninitiative für bereits beschlossenes Bundesgesetz und daher unseren Gesetzentwurf für überflüssig.

Merkwürdig, dass ihre Bremer Kollegen das offenbar anders sehen. Der Stadtstaat hat seit 1. September ein unserem Gesetzentwurf ähnliches Mindestlohngesetz in Kraft treten lassen. Seitdem zahlt Bremen immer 8,50 Euro.

Dank der Thüringer-SPD Fraktion kann der Wachschatz des Thüringer Landtages (Tariflohn 7 Euro) bis auf weiteres davon nur träumen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass Armut trotz Arbeit ein Skandal ist. Menschenwürdige Arbeit ist, wenn der Lohn nicht aufgestockt werden muss.

Die Landesregierung hat die Chance verpasst, hier ein klares Zeichen zu setzen. In Richtung SPD muss aber auch klar gesagt werden: Man ist nicht nur verantwortlich für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut!

Weitere Informationen: <http://gruenlink.de/czd>

5. Grüne fordern Personalentwicklungskonzept für LehrerInnen

Pro Woche fallen in Thüringen etwa 13.000 Schulstunden aus, was etwa vier Prozent der Unterrichtsstunden entspricht. Zusätzlich können 11.500 Stunden wöchentlich nicht fachgerecht vertreten werden. „Das ist eindeutig zu viel“, so unsere bildungspolitische Sprecherin im Thüringer Landtag Astrid Rothe-Beinlich.

„Da zwei Drittel des Unterrichtsausfalls durch Krankheit hervorgerufen werden, brauchen auch wir endlich eine bessere Gesundheitsvorsorge bei unseren Lehrkräften und einen landesweiten Vertretungspool für flexible Krankheitsvertretungen“, erläutert Astrid weiter.

Langfristig kann aber nur durch eine vorsorgende Personalentwicklungsplanung, welche deutlich mehr Einstellungen als bisher vorsieht, dauerhafte Abhilfe geschaffen und der Unterrichtsausfall reduziert werden.

„Da in den nächsten Jahren die große Mehrheit der Lehrkräfte in den Ruhestand geht, brauchen wir jetzt junge Lehrkräfte in unseren Schulen. Wenn in einigen Jahren in allen Bundesländern zeitgleich der Run auf die LehrerInnen beginnt, befürchten wir, dass Thüringen andernfalls im Hintertreffen ist“, gibt Astrid abschließend zu bedenken.

Weitere Informationen: <http://gruenlink.de/cze>

6. Abgeordnetenrechte und Pressefreiheit bei polizeilichen Ermittlungen gefährdet

Anlässlich des Papstbesuchs im September 2011 erstellte das LKA ein geheimes "Gefährdungslagebild" und einen "Einsatzbefehlsentwurf", die auf ungeklärtem Weg dem MDR bekannt wurden.

Kurz darauf, nach einem Interview von MDR-Journalisten mit einem Personalrat der Polizei, fand bei diesem eine Hausdurchsuchung statt - Mails und Facebookaccounts wurden durchsucht und "ganz nebenbei" auch Spuren zu zwei Landtagsabgeordneten "gefunden". Erfolg bei der Aufklärung des Geheimnisverrats hatte dies jedoch nicht.

Wir haben im Landtag diesen Vorgang als unverhältnismäßig kritisiert. Der Angriff auf die Immunität von Abgeordneten benötigt die Zustimmung des zuständigen Ausschusses, dass dies unserer eigenen Polizei nicht bewusst war, ist für uns keine Bagatelle.

Die Weitergabe vertraulicher Dokumente ist natürlich strafbar, legalen Zugriff auf das 61-seitige Dokument hatten aber 571 Mitarbeitende von Polizei und LKA.

Weitere Informationen: <http://gruenlink.de/czf>

7. Bündnisgrüne Klimakonferenz 2012 zur Biomassenutzung

Die diesjährige Klimakonferenz „Teller, Tank, Trog, Tonne oder Tagfalter? – Biomasse zwischen Ernährungssicherheit und Naturschutz“ unserer Fraktion im Thüringer Landtag thematisiert die verschiedenen Nutzungsarten von Biomasse.

Martin Häusling, Grüner Europaabgeordneter, hat in seinem Inputreferat ausgeführt, dass insbesondere der Anbau von Energiemais zu einer Spaltung in der Landwirtschaft führte. Gerade in Gunstregionen sieht er Ökolandwirte und Milchviehhalter einer extremen Konkurrenz um die landwirtschaftlichen Flächen ausgesetzt. Er forderte die Verteilung von Biogasanlagen in der Region über die regionalen Raumordnungspläne besser zu steuern. Gerade außerhalb des Maisanbaus sieht er wichtige Nutzpflanzen in der Fruchtfolge, die sowohl energetisch genutzt werden können und gleichzeitig einen Beitrag zur Artenvielfalt in der Landwirtschaft leisten können. Wenn Landwirte künftig 7 Prozent ihrer Flächen als ökologische Vorrangflächen nutzen, wäre seiner Ansicht nach eine umwelt- und klimafreundlichere Landwirtschaft möglich. Blumenmischungen, Klee oder Hackfrüchte passen besser in einen landwirtschaftlichen Kreislauf als Mais und können ebenso an Biogasanlagen verfüttert werden“, schätzte Häusling ein.

Der umweltpolitische Sprecher der landtagsfraktion, Dr. Frank Augsten, legte wie Häusling großen Wert darauf, dass die Landwirtschaft nicht pauschal betrachtet und gefördert wird. „Die Kuh ist kein Klimakiller, es kommt auf die Fütterung an und damit auf eine differenzierte Betrachtung der Leistungen aus der Landwirtschaft“, stellte Augsten klar. Gerade der wachsende Fleischkonsum ist seiner Ansicht nach für den Hunger in der Welt verantwortlich. Eine Reduktion der Diskussion auf Tank oder Teller ist daher viel zu kurz gedacht. Interessierte können eine Zusammenstellung der Unterlagen zur 3. Klimakonferenz bei unserer Öffentlichkeitsarbeit unter joerg.schwabe@gruene-fraktion.thueringen.de anfordern.

Weitere Informationen: <http://gruenlink.de/czq>

Mehr von InfoGRÜN, unserem Gentechniknewsletter oder News in Sachen Verkehrspolitik?
Hier gibt es unser Info-Abo: <http://gruene-fraktion.thueringen.de/newsletterpresseverteiler.html>

Genug von InfoGRÜN? InfoGRÜN abbestellen: <http://gruene-fraktion.thueringen.de/infogruen/infogruen-abbestellen.html>

Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de